



In der Debatte – Blick ins politisch-historische Feuilleton

Denise Lindsay

Auf einen Blick

- Die neue amerikanische Sicherheitsstrategie unter Donald Trump markiert eine deutliche Abkehr von der traditionellen transatlantischen Partnerschaft und stellt Europa als Problem dar, während Russland und China ebenfalls auf die Schwächung der EU hinarbeiten. Europa reagiert bislang zu zögerlich auf diese geopolitische Herausforderung, was seine politische und geopolitische Bedeutung noch weiter untergräbt. Gefordert werden entschlossene Schritte wie die Unterstützung der Ukraine, der Aufbau einer europäischen Verteidigungsunion und eine eigenständige Wirtschafts- und Sicherheitspolitik. Ohne tiefgreifende Reformen drohen Instabilität und der Verlust zentraler Werte.
- Donald Trumps zweite Amtszeit ist geprägt von Isolation, sinkender Popularität und wachsender innerparteilicher Kritik, während seine Politik zunehmend autoritäre Züge trägt und die Republikanische Partei in eine Identitätskrise stürzt. Es stellt sich die Frage, ob der Trumpismus eine langfristige Bewegung ist und ob sich die Republikanische Partei neu definieren muss, um ihr Überleben zu sichern.
- Die politische Mitte steht weiterhin vor der Frage, wie sie sich im Spannungsfeld von rechts und links definieren soll.
- Hannah Arendts Konzepte von Freiheit, Verantwortung und der „Banalität des Bösen“ sind – 50 Jahre nach ihrem Tod – noch immer relevant.

Inhaltsverzeichnis

In der Debatte: Europas Zukunft und geopolitische Herausforderungen	2
In der Debatte: MAGA, Trumpismus und die Zukunft der Republikanischen Partei.....	6
In der Debatte: Die Mitte in der Krise.....	10
In der Debatte: Hannah Arendt.....	13
Rezensionen	15
Impressum.....	19

In der Debatte: Europas Zukunft und geopolitische Herausforderungen

Navid Kermani betrachtet in der *Süddeutschen Zeitung*¹ seine Haltung zur Person Konrad Adenauer, die sich im Lauf der Jahrzehnte und mit Blick auf die politischen Entwicklungen zum Positiven gewandelt habe. Nun könne er dessen historische Leistungen, wie die Westbindung, die Integration Deutschlands in die regelbasierte internationale Ordnung und die Schaffung der Grundlagen für Frieden, Demokratie und Wohlstand würdigen. Adenauer habe die Basis für spätere Errungenschaften wie die Ostpolitik und die europäische Einigung gelegt. Angesichts der aktuellen geopolitischen Lage – einer zerfallenden regelbasierten Ordnung, Kriegen an Europas Grenzen, wachsendem Nationalismus und einer neuen amerikanischen Sicherheitsstrategie, die Europa schwächen werde – sei eine Rückbesinnung auf Adenauers Vision der „Vereinigten Staaten von Europa“ dringend gefordert. Nationale Alleingänge seien naiv. Europa brauche gemeinsame Strukturen, Mehrheitsentscheidungen und eine direkt gewählte Führung, um globale Herausforderungen wie Frieden, Migration, Klima und Verteidigung zu bewältigen. Adenauers Dreisatz von 1953 gelte heute mehr denn je: „Die Einheit Europas war ein Traum von wenigen. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie ist heute eine Notwendigkeit für uns alle.“

Im Gespräch mit dem *Cicero*² prognostiziert *David Betz*, es bestünde die reale Gefahr von Bürgerkriegen in Westeuropa. Dafür gebe es drei Gründe: Erstens die zunehmende gesellschaftliche Lagerbildung („polar factionalism“) in westlichen Gesellschaften, bei der nicht mehr nur über politische Fragen gestritten werde, sondern über grundlegende Identitätsvorstellungen. Zweitens das „Downgrading“, die Angst ehemals dominanter ethnischer Gruppen, ihren „Mehrheitsstatus“ zu verlieren. Drittens der Vertrauensverlust in die Funktionsfähigkeit der Politik, der Menschen dazu bringe, Lösungen außerhalb des Rechts zu suchen. Hinzu kämen ökonomische Probleme und eine wachsende Unzufriedenheit bei der jungen Generation, die weniger Chancen auf Wohlstand habe als die Elterngeneration. Es würden keine klassischen Bürgerkriege mit großen Armeen sein, sondern Konflikte, die sich in Form von paramilitärischen Kämpfen, Belagerungen von Städten und gezielten Angriffen auf die Infrastruktur äußern würden. Die Frontlinien könnten zwischen Eliten und „Straße“ sowie zwischen Einheimischen und Migranten verlaufen, wobei ethnische Spannungen und Stadt-Land-Gegensätze eine zentrale Rolle spielten. Militär und Polizei seien personell zu schwach und politisch gespalten, um wirksam eingreifen zu können. Ein Ausbruch in einem Land würde sich wahrscheinlich auf andere Länder ausbreiten, begünstigt durch offene Grenzen innerhalb der EU. Um die Gefahr zu verringern, wäre eine Rückkehr zum Nationalstaat nötig, doch das sei politisch vollkommen unrealistisch. Einen eindeutigen Sieger werde es nicht geben, die Folgen würden extrem zerstörerisch und traumatisierend für Europa sein.

¹ Navid Kermani, Von Adenauer lernen, SZ, 10.12.2025.

² Ferdinand Knauss, „Der Bürgerkrieg kommt in den Westen“. Fragen David Betz, Professor für Kriegsstudien am King's College London, Cicero, 21.11.2025.

Arthur Krön argumentiert in den *Neuen Zürcher Zeitung*³, die europäische Einigung solle nicht gegen, sondern auf dem Nationalbewusstsein der Europäer aufbauen. Die bisherige Vorstellung, nationale Identität müsse überwunden werden, sei historisch falsch und politisch kontraproduktiv. Europas Stärke liege in der Vielfalt seiner nationalen Traditionen, die ein gemeinsames Erbe bildeten. Um geopolitisch handlungsfähig zu bleiben, brauche Europa eine emotionale Grundlage, die aus der Liebe zu den eigenen Nationen erwachse. Nationalbewusstsein und europäische Integration seien keine Gegensätze, sondern könnten sich gegenseitig stützen. Die europäische Idee müsse sich als Schutzrahmen für nationale Identitäten und kulturelle Eigenheiten verstehen, um Sicherheit, Demokratie und Normalität zu bewahren. Angesichts globaler Bedrohungen und Verlustängsten sei eine wehrhafte gemeinsame Heimat notwendig. Nur so könne Europa seine Werte und Traditionen verteidigen und anti-europäischen Kräften den Boden entziehen. Die Entscheidung, ob Europa diese Brücke zwischen Nation und Integration schlagen könne, sei dringend erforderlich, denn Untätigkeit gefährde sowohl universelle Werte als auch nationale Lebensweisen.

In der *Welt am Sonntag*⁴ beschreibt Mathias Döpfner die paradoxe Verschiebung des Pazifismus von der politischen Linken hin zu rechten und rechtspopulistischen Kräften. Während die Grünen heute zu den entschiedensten Befürwortern militärischer Unterstützung für die Ukraine zählten, inszenierten sich konservative und rechtsextreme Akteure wie Björn Höcke als „Friedensengel“ und propagierten Parolen wie „Frieden schaffen ohne Waffen“. Diese Haltung entspringe jedoch keiner echten Friedenssehnsucht, sondern sei Ausdruck von Angst, Opportunismus und einer gefährlichen Bereitschaft zur Unterwerfung unter Autokraten wie Wladimir Putin. Forderungen, besetzte Gebiete Russland zu überlassen, würden faktisch die Kapitulation bedeuten und gefährdeten die offene Gesellschaft. Der Glaube, dass militärische Zurückhaltung Frieden bringe, sei eine Illusion. Geschichte und Gegenwart zeigten, dass Diktatoren nicht durch Diplomatie, sondern nur durch Abschreckung und Stärke gestoppt werden könnten. Die AfD und andere rechtspopulistische Parteien nutzten pazifistische Rhetorik, um wirtschaftliche Interessen zu tarnen, etwa die Rückkehr zu russischen Energieimporten. Dies sei ein Kurs, der Europa in eine gefährliche Abhängigkeit treibe und als „Wirtschaftspragmatismus“ getarnt werde. Diese „heimliche Sehnsucht nach der starken Faust des Autokraten“ sei höchst gefährlich, denn Demokratie, Freiheit und die Ideen des Westens stünden auf dem Spiel. Die NATO und die Ramstein-Koalition seien Russland militärisch und finanziell überlegen, entschlossenes Handeln hätte den Krieg verkürzen und Millionen Leben retten können. Noch sei es nicht zu spät, doch Europas Uneinigkeit und Schwäche drohten die Angreifer zu ermutigen: „Die Aggression gegen die offene Gesellschaft kann beendet werden. Man muss es nur wollen. So schwach, uneinig und impotent, wie Europa derzeit auftritt, wird das allerdings nicht gelingen.“

In der *Welt*⁵ äußert sich Jacques Schuster kritisch zur Selbstwahrnehmung Europas in den Verhandlungen um einen Friedensplan für die Ukraine. Seit den Gesprächen zwischen Donald Trump und Wladimir Putin im August 2025 stagniere der Prozess. Die USA und Russland würden Pläne entwerfen, die europäische Seite reagiere mit Gegenvorschlägen, doch am Ende bleibe alles beim Alten. Europa gefalle sich in der Rolle des Korrektivs für Washington, obwohl es faktisch wenig Einfluss habe. Macron, Merz und Starmer könnten mit markigen Worten die Realität nicht ändern, Europa sei geopolitisch schwach, Kiew werde schmerzhafte Kompromisse eingehen und Gebietsverluste akzeptieren müssen. Entscheidend sei, die staatliche Unabhängigkeit der Ukraine zu bewahren, da sie für Europas Sicherheit von zentraler Bedeutung sei, wie Zbigniew Brzezinski schon 1997 betont habe. Unter Trump gelte zudem die Maxime,

³ Arthur Krön, Europa ist Beschützer der gemeinsamen Heimat, NZZ, 25.11.2025.

⁴ Mathias Döpfner, Der Pazifismus wechselt die Seiten, Welt am Sonntag, 30.11.2025.

⁵ Jacques Schuster, Die Europäer glauben ihren Parolen, Die Welt, 26.11.2025.

Bündnisse seien keine Herzensangelegenheiten, sondern Geschäftsbeziehungen. Europa müsse endlich erwachsen werden und seine geopolitische Realität anerkennen.

Timothy Garton Ash fordert im *Guardian*⁶, Europa müsse angesichts des russischen Angriffskriegs und der geopolitischen Abkehr der USA vom Kontinent selbst Verantwortung übernehmen. Europa könne die Ukraine militärisch und wirtschaftlich stärken und Russland schwächen, doch dies erfordere strategische Entschlossenheit, die Überwindung von nationalen Egoismen und den Mut, langfristige gemeinsame Interessen über kurzfristige politische Vorteile zu stellen. Darauf zu warten, dass die USA einschreiten würden, ähnele dem „Warten auf Godot“: „We know that individual nations have done extraordinary things against the odds in moments of existential danger: Britain in 1940, Ukraine in 2022. But will our diverse, complicated, self-doubting continent rise to this major but still significantly less extreme challenge? Europe can if it wills it.“

Im Interview mit der *Zeit*⁷ spricht *Hartmut Rosa* über Europas Rolle im Ukrainekrieg und die Glaubwürdigkeit seiner Wertepolitik. Europa sei zu lange passiv geblieben und habe erst auf Druck von außen einen Gegenvorschlag zum amerikanisch-russischen Friedensplan vorgelegt. Europa wirke wie ein „Narr“, der hohe Werte proklamiere, aber keine konsistente Politik betreibe. Diese Diskrepanz untergrabe die Glaubwürdigkeit. Es sei notwendig, zentrale Werte wie Souveränität, Menschenrechte und das Prinzip „Nie wieder Krieg“ in eine realistische Strategie einzubetten. Europa müsse zwar eine eigene militärische Aufrüstung erwägen, um sich unabhängig von den USA verteidigen zu können, doch Aufrüstung allein sei kein Ausdruck europäischer Stärke. Die eigentliche Stärke Europas liege nicht in militärischer Macht, sondern in der konsequenten Verteidigung seiner Werte, und dies müsse sich vor allem darin zeigen, den Krieg zu beenden und Frieden zu schaffen. Der Krieg in der Ukraine zeige die Widersprüche europäischer Politik und die Gefahr, dass Gesellschaften in Apathie oder Rechtspopulismus abgleiten könnten. Ausweg daraus könne eine neue europäische Erzählung bieten, die Werte positiv integriere und alle gesellschaftlichen Gruppen einbeziehe, auch jene mit rechtspopulistischen Positionen. Frieden könne nur durch Dialog und eine gemeinsame Zukunftsvision entstehen.

Michael R. Gordon und *Laurence Norman* befassen sich im *Wall Street Journal*⁸ mit Donald Trumps neuer nationaler Sicherheitsstrategie, die eine deutliche Abkehr von früheren US-Positionen markiere und die Spannungen mit Europa verschärfe. Dieses Dokument kritisiere europäische Regierungen wegen ihrer „unrealistischer Erwartungen“ zur Beendigung des Ukraine-Krieges und fordere ein Ende der NATO-Erweiterung. Europa werde vorgeworfen, demokratische Prinzipien zu untergraben und die Kontrolle über die Migration zu verlieren, was zu einer „zivilisatorischen Krise“ führen könne. Europa müsse künftig die Hauptverantwortung für die eigene Verteidigung übernehmen, während die USA ihre militärische Präsenz stärker auf den Indopazifik und die westliche Hemisphäre ausrichten wolle. Die Strategie sehe eine Wiederbelebung der Monroe-Doktrin vor. Im Gegensatz zu früheren Strategien, die auf enge Zusammenarbeit mit Europa setzten, präsentierte sich Washington nun als moderierende Kraft zwischen Russland und einer seiner Ansicht nach politisch instabilen EU. Insgesamt verdeutliche dieses Konzept eine klare Priorisierung von „America First“ und eine Abkehr von der traditionellen transatlantischen Sicherheitsarchitektur.

⁶ Timothy Garton Ash, Only Europe can save Ukraine from Putin and Trump – but will it?, The Guardian, 6.12.2025. [„Wir wissen, dass einzelne Nationen in Momenten existenzieller Gefahr Außergewöhnliches geleistet haben: Großbritannien 1940, die Ukraine 2022. Aber wird unser vielfältiger, komplexer und von Selbstzweifeln geplagter Kontinent auch diese große, wenn auch deutlich weniger extreme Herausforderung meistern? Europa kann es, wenn es will.“].

⁷ Elisabeth von Thadden/Moritz Müller-Wirth, „Keiner kauft uns unsere Werte mehr ab“. Fragen an den Soziologen Hartmut Rosa, Die Zeit, 27.11.2025.

⁸ Michael R. Gordon/Laurence Norman, Trump's New National-Security Strategy Takes Aim at Europe, Wall Street Journal, 5.12.2025.

Die neue nationale Sicherheitsstrategie der USA unter Donald Trump beende die traditionelle Wertegemeinschaft mit Europa stellt *Markus Bernath* in der *NZZ am Sonntag*⁹ fest. Sie bewerte Staaten nun primär nach ihrem Nutzen für amerikanische Geschäftsinteressen. Es gebe aber auch eine „ideologische, ethnonationalistische“ Stoßrichtung. Diese zeige sich in der Unterstützung ideologisch gleichgesinnter, rechtsaußen angesiedelter Parteien und illiberaler Demokratien in Europa, was einen Bruch mit dem bisherigen westlichen Selbstverständnis nach sich ziehe.

Andreas Rosenfelder weist in der *Welt*¹⁰ darauf hin, Europa habe durch das Konzept für eine neue amerikanische Sicherheitsstrategie eine „schwere Kränkung“ erlitten. Allerdings solle man Vorsicht walten lassen und dies nicht für eine „verkappten Kriegserklärung“ halten. Rational betrachtet, brauchten die USA den europäischen Kontinent ebenso wie umgekehrt Europa die USA brauche, denn eine Abwendung sei „selbstzerstörerisch“ für beide Seiten. Amerika fordere ein starkes Europa, das „politisch stabil, wirtschaftlich erfolgreich, international handlungsfähig und verteidigungsbereit“ sei. Trump habe dies als Wunsch nach „Europe First“ formuliert. Doch Europa sei von diesem Ideal weit entfernt, so spiele es etwa bei den Friedensverhandlungen zur Ukraine nur eine Nebenrolle. „Moralische Empörung“ allein werde den Kontinent allerdings nicht davor bewahren, in geopolitische Bedeutungslosigkeit abzurutschen. So bleibe die Hoffnung, die düsteren Szenarien eines zerfallenden Kontinents, mit denen Amerika Europa herausfordert habe, könnten zum Impuls für eine echte Erneuerung werden, „denn in der Fähigkeit, sich wie ein Phönix aus der Asche immer wieder neu zu erfinden, besitzt Europa einen zweitausendjährigen Vorsprung gegenüber dem Rest der Welt“.

Carlo Masala betrachtet im *Handelsblatt*¹¹ die Neuausrichtung der USA. Mit der Nationalen Sicherheitsstrategie sei deutlich geworden, dass die USA nicht mehr als transatlantischer Partner agierten, sondern sich gemeinsam mit Russland und China in das Lager der EU-Gegner eingereiht hätten. Alle drei Mächte verfolgten das Ziel, die EU als globale Wirtschaftskraft zu schwächen und ihre politische Relevanz zu verhindern. Europa habe bislang zögerlich, den „drei berühmten Affen“ gleich, reagiert und sich unter Hinweis auf die Vergangenheit an die traditionelle Bedeutung der USA geklammert, was Washington eher ermutigt habe, Europa weiter zu marginalisieren. Es gebe nun drei Handlungsoptionen: Erstens müsse Europa die Ukraine entschlossen unterstützen, auch durch die Freigabe eingefrorener russischer Vermögenswerte, um Stärke gegenüber Moskau und Eigenständigkeit gegenüber Washington zu demonstrieren. Zweitens sollte Europa seine Wirtschafts- und Verteidigungspolitik eigenständig stärken, ohne die USA als ständigen Bezugspunkt. Dazu gehörten beschleunigte Beschaffungsprozesse und gemeinsame, projektbezogene Kreditaufnahmen für Rüstungsprojekte. Drittens sei eine europäische Verteidigungsunion mit willigen Staaten wie Großbritannien, Norwegen und eventuell der Türkei unabdingbar. Ziel sei dabei nicht, die militärische Macht der USA zu erreichen, sondern Russland zu übertreffen. Diese Schritte erforderten Führungssstärke und den Mut, mit alten Traditionen zu brechen. Die Zeit dränge, da die Gegner Europas aktiv an seiner Schwächung arbeiteten. Daher müsse die Maxime nun „Go big or go home“ lauten.

Paul Middelhoff betrachtet in der *Zeit*¹² die neue US-Sicherheitsstrategie, die Europa nicht mehr als Partner, sondern als Problem betrachte. Die Trump-Administration habe angekündigt, Widerstand innerhalb der EU zu fördern und populistische Kräfte zu stärken, um Zentralisten wie Macron oder Merz zu schwächen. Diese Entwicklung sei nicht neu, sondern setze eine seit Jahren bestehende Abkehr der USA von Europa fort. Während Russland Krieg führe und

⁹ Markus Bernath, Donald Trump lässt Europa fallen, *NZZ am Sonntag*, 8.12.2025.

¹⁰ Andreas Rosenfelder, Trumps schmerzhafte Wahrheit, *Die Welt*, 10.12.2025.

¹¹ Carlo Masala, USA im Lager der EU-Gegner, *Handelsblatt*, 11.12.2025.

¹² Paul Middelhoff, Kein Opfer werden, *Die Zeit*, 11.12.2025.

europäische Industrien unter US-Zöllen, chinesischer Überproduktion und eigener Überregulierung litten, reagiert die EU zu langsam und zu vorsichtig. Die globale Rechte nutzt diese Schwäche, um liberale Demokratien zu destabilisieren. Daher sei ein Bruch mit dem Status quo erforderlich. Europa müsse entschlossener handeln, eingefrorene russische Vermögenswerte beschlagnahmen, die Schattenflotte kontrollieren und Ungarn bei Blockaden sanktionieren. Langfristig braucht es auch eine Debatte über einen europäischen Atomschirm, eine harte Handelspolitik gegenüber den USA und China sowie die Bereitschaft, mit schwierigen Partnern wie Bardella oder Farage pragmatisch umzugehen. Die zentrale Botschaft müsste lauten: "Was da vor uns liegt, sind harte, gefährliche Jahre mit neuen Pflichten und ohne manche bisherige Gewissheit. Wer das endlich ausspricht, schafft die Dringlichkeit, um große Schritte zu gehen. Aber noch ist es möglich: ein neues, gewieftes, starkes Europa."

Manfred Lütz warnt im *Focus*¹³ vor der gefährlichen und naiven Einstellung, Donald Trump als „Narzisst und Witzfigur zu verharmlosen“. Diese Haltung verdränge die Realität einer Politik, die weltweit gravierende Folgen habe. Trumps zögerliche Unterstützung für die Ukraine kostet vermutlich tausende Menschenleben, seine aggressive Migrationspolitik verbreite Angst und seine protektionistische Zollpolitik gefährde die wirtschaftliche Existenz von Millionen. Psychologische Diagnosen wie „Narzisst“ oder moralische Verachtung schafften nur trügerische Distanz und ließen die Bedrohung harmloser erscheinen, als sie sei. In Wahrheit sei Trump unberechenbar und nicht therapiertbar; ein Politiker, der gelernt habe, moralische Skrupel als Schwäche zu betrachten und die eigene Macht rücksichtslos auszuspielen. Nach dem Zweiten Weltkrieg sei eine regelbasierte Ordnung etabliert worden, die Machtpolitik zügeln sollte. Doch diese Phase sei eine Ausnahme gewesen, der „Normalzustand“ internationaler Politik sei das Recht des Stärkeren. Trump knüpfe an diese Tradition an, indem er internationale Regeln offen missachte, ähnlich wie historische Akteure von Ludwig XIV. bis Friedrich II. Die eigentliche Gefahr liege darin, dass Europa diese Rückkehr zur Machtpolitik unterschätzt habe. Die Zukunft des Kontinents hänge davon ab, ob es gelinge, klug auf diese Entwicklung zu reagieren und die regelbasierte Ordnung zu stärken, statt sich in Illusionen von Sicherheit und moralischer Überlegenheit zu wiegen.

In der Debatte: MAGA, Trumpismus und die Zukunft der Republikanischen Partei

Donald Trump habe sich im Verlauf seiner zweiten Amtszeit zunehmend von der Öffentlichkeit und seinen Wählern isoliert, was seine Partei verunsicherte, konstatiert Jonathan Lemire im *Atlantic*¹⁴. Während seine erste Amtszeit stark von großen Wahlkampfveranstaltungen geprägt gewesen seien, die ihm unmittelbares Feedback und politische Orientierung gegeben hätten, habe er diese Praxis inzwischen weitgehend eingestellt. Stattdessen verbringe er seine Zeit in seinen eigenen Clubs, auf internationalen Reisen oder bei Treffen mit wohlhabenden Freunden und Spendern. Diese Abkehr von direktem Kontakt mit der Basis führe dazu, dass viele Republikaner befürchten würden, Trump habe den Bezug zu den Sorgen der Bevölkerung verloren. Sein Informationsumfeld sei stark eingeschränkt: Er konsumiere hauptsächlich Inhalte rechtsstehender Medien wie Fox News, One America News Network und Newsmax und nutze seinen eigenen Kanal Truth Social, wo er fast ausschließlich Zustimmung erfahre. Kritische Stimmen fehlten, sowohl in den Medien als auch in seinem engsten Beraterkreis, der inzwischen aus loyalen „Ja-Sagern“ bestehe. Dadurch entstehe eine Echokammer, die seine Wahrnehmung verzerrte. Politisch habe Trump den Fokus von Kernthemen wie Preisstabilität und wirtschaftlicher Sicherheit hin zu Prestigeprojekten und persönlichen Zielen verschoben,

¹³ Manfred Lütz, Trump ist gefährlich, Focus, 28.11.2025.

¹⁴ Jonathan Lemire, The Bubble-Wrapped President, The Atlantic, 1.12.2025.

darunter der Bau eines prunkvollen Ballsaals im Weißen Haus und die Jagd nach einem Nobelpreis. Seine mangelnde Präsenz bei wichtigen innenpolitischen Ereignissen und Wahlkämpfen – etwa durch virtuelle statt physische Auftritte – habe die Republikaner zusätzlich verunsichert. Sie drängten ihn, 2026 wieder aktiv auf Reisen zu gehen, um die Basis zu mobilisieren, doch bisher gebe es kaum Anzeichen für eine Kursänderung. Trotz Forderung aus den eigenen Reihen zeige der Präsident wenig Interesse daran, sich mit drängenden innenpolitischen Problemen zu beschäftigen.

Der amerikanische Präsident befindet sich in einer zunehmend prekären Lage, schreibt *Michelle Cottle* in der *New York Times*¹⁵. Seine zweite Amtszeit sei von sinkender Popularität und dem Status als „lame duck“ geprägt, was republikanischen Abgeordneten mehr Spielraum für Distanzierung lasse. Während seine Anhänger ihn vor allem gewählt hätten, um die Preise zu senken und die Wirtschaft zu stabilisieren, habe er diese Erwartungen nicht erfüllt. Umfragen zeigten, dass fast die Hälfte der Amerikaner glaube, Trump habe die Preise eher erhöht als gesenkt. Auch seine Politik in Bereichen wie Gesundheit, Einwanderung und Außenpolitik stößt auf breite Ablehnung, seine Zustimmungswerte seien auf einem Tiefpunkt. Die Niederlagen der Republikaner bei den jüngsten Wahlen hätten die Nervosität innerhalb der Partei verstärkt. Besonders umstritten sei sein Russland freundlich gesonnener Plan zur Beendigung des Ukraine-Krieges, der selbst loyale Parteigrößen wie Lindsey Graham und Mitch McConnell gegen ihn aufbringe. Zusätzlich belasteten Skandale wie der Umgang mit den Epstein-Akten und ein überraschend freundliches Treffen mit Zohran Mamdani, dem neugewählten Bürgermeister von New York, Trumps Verhältnis zur Basis seiner „Make-America-Great-Again“-Bewegung (MAGA). Diese Vorfälle erzeugten Misstrauen und kognitive Dissonanz in einer Bewegung, die auf Konfrontation mit „linken Eliten“ beruhe. Trumps Abweichen vom harten Kurs gefährde die Geschlossenheit der Bewegung und würde Fragen nach der Zukunft der Republikaner in der Post-Trump-Ära aufkommen lassen.

Gerard Baker wirft im *Wall Street Journal*¹⁶ einen Blick auf die wachsenden Spannungen innerhalb der MAGA-Bewegung und der Republikanischen Partei in den vergangenen Monaten von Donald Trumps Präsidentschaft. Trotz seiner anhaltenden Fähigkeit, mit überraschenden und teils bizarren Aktionen Aufmerksamkeit zu erregen, etwa der gleichzeitigen Demütigung von Marjorie Taylor Greene und der demonstrativen Nähe zum New Yorker Bürgermeister Zohran Mamdani, zeigten sich deutliche Risse im bisherigen Machtgefüge. Die Epstein-Affäre markiere den ersten großen Bruch: Eine Bewegung, die von Verschwörungserzählungen lebe, wende sich nun gegen ihren eigenen Anführer, sobald dieser selbst als Teil des „Deep State“ wahrgenommen werde. Selbst treue Anhänger forderten die Ausgrenzung extremistischer Stimmen, etwa von Antisemiten, aus dem MAGA-Lager. Diese Entwicklungen verdeutlichten die Fragilität der Koalition und würden die Frage aufwerfen, ob der Trumpismus ohne Trump Bestand haben könne: „No one can keep the people entertained the way Mr. Trump has, but if the Trump experiment can't alleviate the cost-of-living challenge for most Americans, MAGA's whole future – whatever version of it you prefer – is in doubt.“

Im Gespräch mit dem *Handelsblatt*¹⁷ macht *Bernd Greiner* deutlich, er sehe Donald Trump nicht als isoliertes Phänomen, sondern als Ergebnis einer langen Entwicklung in der amerikanischen Geschichte. Schon seit dem späten 19. Jahrhundert hätten „Extremisten der Mitte“ – gut situierte Bürger wie Lehrer, Juristen oder Geistliche – die politische Kultur geprägt, indem

¹⁵ Michelle Cottle, He's Unpopular. A Lame Duck. And Taking Heat From Multiple Directions, *The New York Times*, 4.12.2025.

¹⁶ Gerard Baker, What Happens When Trump Has Left the Building?, *Wall Street Journal*, 24.11.2025. [„Niemand kann die Menschen so unterhalten wie Herr Trump, aber wenn das Trump-Experiment die Herausforderung der Lebenshaltungskosten für die meisten Amerikaner nicht lindern kann, steht die gesamte Zukunft von MAGA – egal welche Version davon man bevorzugt – in Frage.“].

¹⁷ Sven Pranke, „Es wird einen Trumpismus ohne Trump geben“. Fragen an den Historiker Bernd Greiner, *Handelsblatt*, 28.11.2025.

sie Konformismus zur Leitwährung gemacht und Andersdenkende ausgegrenzt hätten. Diese Gruppen hätten wiederholt Themen gesetzt, das politische Koordinatensystem verschoben und Arbeiterbewegungen, Linke und Minderheiten unterdrückt. Ihr Freiheitsbegriff verknüpfte Individualismus mit der „Sakralisierung des Marktes“, sodass jede Regulierung als Angriff auf die Freiheit gelte. Diese Haltung wirke bis heute fort, von den Silicon-Valley-Eliten bis zur Tea-Party. Die Demokraten hätten seit den 1990er-Jahren zur Krise beigetragen, indem sie neoliberalen Prämissen übernommen und soziale Fragen vernachlässigt hätten. So hätten Kulturturkämpfe ökonomische Konflikte überlagern können. Rassistische Ressentiments hätten Arbeiter und Eliten in einer Front gegen Einwanderer und Schwarze verbunden. Die technologische Verstärkung durch soziale Medien verschärfe diese Dynamik. Der Bruch mit dem Vertrauen in Institutionen habe in den 1970ern begonnen, als der „ohnehin rudimentäre Sozialstaat“ unter Druck geraten sei und gesellschaftliche Reformen, wie der Civil Rights Act, bei vielen Weißen „moralische Panik“ ausgelöst habe. Seither erodierte die Demokratie schleichend, nicht durch einen Putsch, sondern durch permanente Regelverstöße und die Normalisierung des Autoritären. Selbst ein Machtwechsel im Weißen Haus werde den „Trumpismus“ nicht beenden. Die USA befänden sich in einer gefährlichen Gewöhnungsphase: „Wer permanente Regelverstöße widerstandslos hinnimmt, verliert auf Dauer das Empfinden für Unrecht, für den Verrat an Anstand, Moral und Wahrheit, kurz für alles, was ein zivilisiertes Miteinander ausmacht. Was früher als Skandal empfunden wurde, gilt heute als normal. So schießt man jede demokratische Institution, jedes zivile Regelwerk sturmreif. Just in dieser Situation befinden sich die USA. Ausgang offen.“

Torben Lütjen beschreibt in der *Zeit*¹⁸ Ronald Reagan und Donald Trump als zwei republikanische Präsidenten, die beide aus der Unterhaltungsbranche stammten, jedoch grundverschiedene Persönlichkeiten und politische Philosophien verkörperten. Reagan habe zunächst als politisches Leichtgewicht gegolten, sich aber zum Symbol eines konservativen Amerika, das Anstand, Optimismus und demokratische Werte hochhalte, entwickelt. Seine Präsidentschaft sei geprägt gewesen von einem Bekenntnis zur Zusammenarbeit über Parteidistanzen hinweg, zur Offenheit gegenüber Einwanderung und zur Verteidigung der Demokratie. Gleichzeitig habe Reagan zur neoliberalen Wende beigetragen, indem er marktradikale Ideen mit nationalen Mythen von Individualismus und Unternehmertum verknüpft habe. Wie Nixon vor und Trump nach ihm, sei er „eine Galionsfigur des konservativen Backlash, einer aggressiven Reaktion gegen eine als feindselig wahrgenommene gesellschaftliche Liberalisierung“ gewesen. Reagan habe ebenfalls Kulturturkampf betrieben, jedoch in der Überzeugung, dass sich die gesellschaftliche Ordnung durch Rückbesinnung auf traditionelle amerikanische Tugenden wiederherstellen ließe. Sein Ideal-Amerika sei geprägt gewesen von Selbstdisziplin, Nachbarschaftshilfe und Gottvertrauen, ein pastoral verklärtes Bild der Pionierfamilie, das er gegen die Umbrüche der 1960er- und 1970er-Jahre gestellt habe. Dieses konservative Narrativ unterscheide sich jedoch grundlegend von der radikalisierten Rhetorik der Trump-Ära, die von Paranoia, Militarisierung und autoritären Tendenzen geprägt sei. Während Reagan noch geglaubt habe, eine „schweigende Mehrheit“ zu repräsentieren, agiere Trump in einer Gesellschaft, die sich stark verändert habe und in der der Kulturturkampf nicht mehr auf Optimismus, sondern auf apokalyptische Untergangsszenarien setze.

In der *WirtschaftsWoche*¹⁹ kritisiert *Michael Strain* den moralischen und ideologischen Verfall der amerikanischen Konservativen unter Donald Trump. Während frühere Galionsfiguren wie Ronald Reagan, aber auch Margaret Thatcher, für Würde, Anstand und marktwirtschaftliche Prinzipien gestanden hätten, habe sich die heutige republikanische Partei von diesen Werten entfernt. Trump instrumentalisiere Institutionen für persönliche Zwecke, propagiere Emppörungspolitik und habe eine Kultur der „Verrohung“ etabliert, die sich in entwürdigenden

¹⁸ Torben Lütjen, Der gute Amerikaner, *Die Zeit*, 27.11.2025.

¹⁹ Michael Strain, Gegen die Verrohung, *WirtschaftsWoche*, 5.12.2025.

öffentlichen Auftritten und vulgärer Kommunikation zeige. Beispiele seien etwa ein KI-generiertes Video des Präsidenten, das Kritiker herabwürdige, oder Beleidigungen durch Vizepräsident Vance. Zudem hätten rechtsextreme und antisemitische Stimmen wie Nick Fuentes durch prominente Medienfiguren wie Tucker Carlson Zugang zum Mainstream erhalten. Diese Entwicklung untergrabe das Vertrauen in die Demokratie und schwäche die Fähigkeit der Gesellschaft, gemeinsam Krisen zu bewältigen. Nach der Ära Trump werde ein Machtkampf um die Zukunft der amerikanischen Rechten beginnen. Für eine Erneuerung müsse die Bewegung zu den Grundwerten von Thatcher und Reagan zurückkehren. Nur so könne die konservative Bewegung ihre Glaubwürdigkeit und ihre Rolle in einer stabilen Demokratie bewahren.

Francis Fukuyama beschreibt im Gespräch mit dem *Handelsblatt*²⁰ den Trumpismus als eine tiefgreifende und dauerhafte Veränderung der amerikanischen Politik, die über Donald Trump hinaus bestehen bleiben werde. Trump habe die Republikanische Partei grundlegend umgeformt und die Institutionen der Demokratie für persönliche Zwecke instrumentalisiert. Seine Politik sei geprägt von Rechtsbruch, Dekreten und einer autoritären Haltung, die die USA als demokratisches Vorbild diskreditiere und weltweit Autokraten stärke. Trumps Ukraine-Politik, sei „Verrat“ und gefährlicher als die Appeasement-Politik Chamberlains gegenüber Hitler, da Trump Putin bewundere. Trump strebe eine Weltordnung an, in der Großmächte Einflusssphären absteckten, ein Rückfall ins 19. Jahrhundert. Europa könne die Lücke, die die USA hinterließen, nur begrenzt füllen, da die EU durch das Einstimmigkeitsprinzip gelähmt sei und technologisch gegenüber China zurückliege. Als Gewinner des Trumpismus könne man bisher Russland und China ausmachen, Autokraten würden weltweit gestärkt und Demokratien geschwächt. Allerdings sei Trumps Wirtschaftspolitik im eigenen Land unpopulär, die wirtschaftliche Lage habe sich verschlechtert, was – angesichts Widerstände in der Republikanischen Partei – einen Machtverlust bedeuten könne. Zudem verfolgten die Tech-Milliardäre ihre eigene Agenda. Eine dritte Amtszeit scheine eher ausgeschlossen zu sein, mit einem hartten Machtkampf nach Trumps Abgang müsse man allerdings rechnen. Resignation der Bürger sei schädlich für die Demokratie, die größte Gefahr liege darin, den autoritären Trend als unvermeidlich hinzunehmen. Der Trumpismus sei als ein „Aufschrei gegen die Moderne“ und als Protest gegen eine liberale Weltordnung zu sehen. Die Demokratie könne sich nur behaupten, wenn Bürger ihre Macht nutzten und autoritäre Führungen abwählten.

Noah Rothman blickt in der *National Review*²¹ auf die Wahlniederlagen der Republikaner in den Zwischenwahlen der vergangenen Monate. Es habe sich gezeigt, dass diejenigen, die Trump zu seiner zweiten Amtszeit verholfen hätten, nicht an die Urnen gekommen seien und die, die gewählt hätten, ihm eine Abfuhr erteilen wollten. Trotz der Unterschiede in der Qualität der Kandidaten, der Vielfalt und Bedeutung der Themen auf Ebene der Bundesstaaten und der vielgepriesenen nationalen politischen Neuausrichtung schien die Wählerschaft von 2025 vor allem von der Möglichkeit motiviert gewesen zu sein, ein Zeichen nach Washington zu senden und ihre Verachtung für Donald Trump auszudrücken. Die Wahlen hätten zudem deutlich gemacht, wenn Trump direkt zur Wahl stehe, gelinge es ihm, ganz unterschiedliche Gruppen anzuziehen und starke tektonische Verschiebungen zu erreichen. Allerdings pendele sich die Wählerschaft in der gewohnten Form ein, wenn er nicht kandidiere. Dies werde zu einem Dilemma für eine Partei, die sich zu einem Vehikel für Trumps höchst persönlichen Politikstil gewandelt habe. Die Tatsache, dass der Name des Präsidenten nie wieder an der Spitze eines nationalen Wahlzettels stehen werde, dürfte den Strategen der *Grand Old Party* in der Tat schlaflose Nächte bereiten. Um dieses Ergebnis zu verhindern, müssten die Republikaner schnellstmöglich eine Parteidentität entwickeln, die nicht an Donald Trump gebunden sei.

²⁰ Jens Münchrath, „Der Trumpismus ist ein Aufschrei gegen die Moderne“. Fragen an den Politologen Francis Fukuyama, Handelsblatt, 5.12.2025.

²¹ Noah Rothman, After a Drubbing, Does the GOP Have a Plan?, The National Review, 20.11.2025.

Gordon S. Wood argumentiert im *Wall Street Journal*²², dass die Vereinigten Staaten von Anfang an keine Nation im traditionellen Sinne gewesen seien, sondern eine Nation, die sich auf gemeinsame Prinzipien und ein gemeinsames Bekenntnis statt auf gemeinsame Abstammung stütze. Anders als europäische Staaten, die aus ethnischer oder sprachlicher Homogenität entstanden seien, sei Amerika zuerst als Staat gegründet worden und habe seine nationale Identität später definieren müssen. Die Unabhängigkeitserklärung von 1776 habe dabei das Fundament gebildet: Sie versprach, „ein Volk“ zu werden, obwohl die Loyalität zunächst den Einzelstaaten gegolten habe. Erst nach dem Bürgerkrieg und der Verabschiedung des 14. Zusatzartikels sei ein klarer Begriff nationaler Staatsbürgerschaft entstanden. Die USA seien aufgrund ihrer fehlenden ethnischen Basis besonders geeignet, Einwanderer zu integrieren, eine Fähigkeit, die im 21. Jahrhundert angesichts globaler Migration von Vorteil sei. Historisch sei Amerika stets ethnisch und religiös vielfältig gewesen, was die Gründer Väter vor großen Herausforderungen gestellt habe. Im 19. Jahrhundert habe Abraham Lincoln die Idee entwickelt, dass die Prinzipien der Revolution und der Unabhängigkeitserklärung – Freiheit und Gleichheit – das Band seien, das alle Amerikaner verbinde, unabhängig von der Herkunft. Diese Ideale würden bis heute den Kern der amerikanischen Identität bilden. Amerikaner zu sein, sei kein ethnisches Merkmal, sondern ein Bekenntnis zu den Werten der Revolution. Deshalb sei das bevorstehende 250-jährige Jubiläum der Unabhängigkeitserklärung von zentraler Bedeutung, denn es erinnere daran, dass die USA eine Bekenntnissnation seien, deren Zusammenhalt auf gemeinsamen Überzeugungen beruhe, nicht auf gemeinsamer Abstammung.

In der Debatte: Die Mitte in der Krise

In der *Süddeutschen Zeitung*²³ kritisiert Karl-Rudolf Korte die politische Mitte als „ängstlich, distanziert, risikoscheu, fatalistisch, krisenerschöpft und vor allem sprachlos“ in einer Zeit, in der Sprache entscheidend für die Gestaltung demokratischer Zukunft sei. Politik sei immer auch ein Kampf um Begriffe, doch während Rechtspopulisten mit klaren, emotionalisierenden Botschaften operierten, verharre die Mitte in Floskeln, Unschärfen und strategischer Sprachlosigkeit. Diese Kommunikationsweise diene dem Machterhalt, vermeide Polarisierung und halte Optionen offen, erzeuge aber auch Distanz und Vertrauensverlust. Kraftvolle Sprache könne Orientierung geben, wie die „Zeitenwende“-Rede gezeigt habe, während die übliche Rhetorik der Mitte oft als Simulation von Handlungsfähigkeit wirke. Gefordert sei eine „Grammatik der Freiheit“, ein Vokabular, das Zuversicht und Optimismus vermittele, ohne in leeren Pathos zu verfallen. Sprache müsse konkrete Verbesserungen und Projekte sichtbar machen, um den angestauten Frust über marode Strukturen zu überwinden. Autoritäre Populisten lebten von Angst und Jammer-Rhetorik, dem müsse eine positive, begründete Erzählung entgegengesetzt werden, die Sicherheit und Fortschritt verbinde. Wer Sprache gewinne, gewinne Macht. Die Mitte müsse ihre Begriffe zurückerobern und eine motivierende Semantik der Zukunft entwickeln, die mehr sei als reine Wahlkampslogans: „Um machtpolitischen Entscheidungsraum zu behalten, pflegt man kommunikativ deshalb die souveräne Unschärfe, keinesfalls die klare Kante. Dahinter steckt das kontinuierliche Bemühen um den Erhalt des politischen Mandats. Wer so spricht, betreibt rhetorische Verhüllungen. Das ärgert uns, wenn wir zuhören.“

Jannis Koltermann betrachtet in der FAZ²⁴ die Debatte um die Selbstverortung der CDU/CSU im politischen Spektrum. Traditionell habe sich die Union als „Partei der Mitte“ verstanden und den Begriff „rechts“ gemieden, um Distanz zum Nationalsozialismus zu wahren. Diese

²² Gordon S. Wood, Why America Is a ‚Creedal Nation‘, Wall Street Journal, 25.11.2025.

²³ Karl-Rudolf Korte, Sprachlose Mitte, Süddeutsche Zeitung, 29.11.2025.

²⁴ Jannis Koltermann, Abschied von der Mitte?, FAZ, 17.11.2025.

Strategie habe dazu geführt, dass der rechte Rand lange unbesetzt geblieben sei. Unter Angela Merkel habe die Union ihr zentristisches Profil gestärkt und konservative Positionen aufgegeben, was den Aufstieg der AfD begünstigt habe. Nun forderten konservative Intellektuelle eine Rehabilitierung des Begriffs „rechts“ und plädierten für eine klare Differenzierung zwischen „Mitte-rechts“, „rechts“ und „rechtsextrem“. Dabei werde historisch argumentiert, dass „rechts“ in vielen Kulturen positiv konnotiert sei und die negative Bewertung eine jüngere deutsche Entwicklung sei. Kritiker hielten das Rechts-links-Schema für überholt, doch Umfragen zeigten, dass sich die Mehrheit weiterhin auf dieser Skala verorte. Für die Union könnte „Mitte-rechts“ eine Chance darstellen, interne Strömungen zu bündeln. Allerdings berge eine solche Neupositionierung Risiken, denn in Zeiten, in denen die AfD die Union in Umfragen überhole, könne die Aneignung des Begriffs „rechts“ als Annäherung an eine rechtsextreme Partei verstanden werden. Die Diskussion verdeutliche den Konflikt zwischen begrifflicher Logik und politischer Opportunität. Die CDU stehe vor der strategischen Entscheidung, ob sie den Begriff „rechts“ zur Abgrenzung von der AfD zurückerobern oder an der „Mitte“ festhalten sollte, eine Wahl zwischen begrifflicher Logik und politischem Risiko.

Bernd Stegemann setzt sich im *Cicero*²⁵ kritisch mit der Strategie der CDU, sich durch eine „Brandmauer“ strikt von AfD und Linkspartei abzugrenzen auseinander. Diese Haltung schade der Demokratie, da sie einen Teil der Wähler faktisch ausschließe und friedliche Machtwechsel erschwere. Zudem führe die Ausgrenzung zur Radikalisierung der AfD, die ursprünglich moderat begonnen habe, aber durch Beschimpfung als „Nazipartei“ nach rechts gedrängt worden sei. Die Brandmauer nutze vor allem den Parteien links der Mitte und der AfD, während die CDU zwischen Koalitionen mit linken Parteien, die ihre konservative Glaubwürdigkeit untergraben würden, und einer Zusammenarbeit mit der AfD, die außenpolitisch unmöglich sei, strategisch blockiert werde. Die „Brandmauer [sei] zum Gefängnis geworden, während die anderen Parteien in Freiheit agieren und von der gefangenen Kanzlerpartei profitieren“ könnten. Ausweg könnten die gleichzeitige Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegenüber AfD und Linkspartei, der Mut, rote Linien klar zu benennen und sich von moralischer Empörung zu lösen, darstellen. Eine Brandmauer garantiere keine Stabilität, sondern verhindere politische Gestaltungskraft.

Michael Fabricius und Ulrich Machold befassen sich in der *Welt*²⁶ mit der Krise der politischen Mitte in Deutschland und gehen der Frage nach, warum rechte populistische Bewegungen so stark an Einfluss gewinnen konnten. Hauptursache sei nicht ein plötzlicher Rechtsruck, sondern die wachsende Diskrepanz zwischen den Erwartungen der Gesellschaft und der tatsächlichen Leistungsfähigkeit der etablierten Parteien gewesen. Die Mitte – CDU, SPD, FDP und Grüne – wirke ideenarm, verbraucht und repräsentiere vor allem ältere Besitzstandswähler. Bei der letzten Bundestagswahl hätten diese Parteien zusammen nur 54,9 Prozent erzielt, ein historischer Tiefpunkt. Dazu käme, dass die Institutionen des 20. Jahrhunderts den Herausforderungen des 21. nicht mehr gewachsen seien. Sie seien auf Risikovermeidung und komplizierte Genehmigungsverfahren ausgelegt, was zu Handlungsunfähigkeit führe. Beispiele seien etwa die schleppende Digitalisierung, die marode Infrastruktur oder überregulierte Bauprozesse. Trotz steigender Beschäftigungszahlen im öffentlichen Dienst bleibe der Eindruck von Überforderung und Stillstand bestehen. Die „democratic responsiveness trap“, immer neue Vorschriften zur Risikominimierung und Gerechtigkeit, verschärfe das Problem. Ein Umdenken sei dringend erforderlich, weniger Detailregulierung, mehr Raum für Experimente und Innovation, sowie ein konsequentes Angebotsprinzip, das vom Ergebnis her denke. Internationale Vorbilder wie Dänemark und Finnland zeigten, wie Digitalisierung und Bürgernähe funktionieren könnten. Die eigentliche Konfliktlinie verlaufe heute nicht mehr

²⁵ Bernd Stegemann, Die Brandmauer ist für die CDU ein Gefängnis, Cicero, 21.11.2025.

²⁶ Michael Fabricius/Ulrich Machold, Warum die politische Mitte zum „Kartell der Verlierer“ wurde, Die Welt, 9.12.2025.

zwischen links und rechts, sondern zwischen Bewahrern und radikalen Neuanfangsbewegungen. Populisten wie Trump, Weidel oder Milei nutzten die Unzufriedenheit, indem sie das bestehende System als korrupt darstellten und dessen Zerschlagung propagierten. Am Ende stehe die zentrale Forderung: Demokratie brauche „Output-Legitimität“. Nur wenn Politik konkrete Ergebnisse liefere, bleibe sie akzeptiert. Die Mitte müsse daher radikal umdenken, um Vertrauen zurückzugewinnen und den demokratischen Rechtsstaat zu sichern.

David Broder analysiert in der *New York Times*²⁷ die wachsende Gefahr eines europaweiten Rechtsrucks und die Rolle der politischen Mitte in dieser Entwicklung. Vor einem Jahrzehnt habe der Aufstieg rechtspopulistischer Parteien noch als begrenztes Phänomen gegolten, heute seien sie fest etabliert: Sie regierten in Ungarn und Italien, gewännen in Skandinavien an Einfluss und könnten bald Frankreich, Deutschland und Großbritannien dominieren. Die Hoffnung, dass Zentristen die Demokratie stabilisierten, habe sich als trügerisch erwiesen. Statt klare Zukunftsvisionen zu bieten, agierten die Regierungen in Paris, Berlin und London schwach oder widersprüchlich. Emmanuel Macron setze auf neoliberalen Reformen und autoritäre Maßnahmen, verlöre jedoch die Mehrheit und das Vertrauen der Wähler. Keir Starmer regiere trotz großer Mehrheit defensiv, kombiniere wirtschaftliche Vorsicht mit repressiven Eingriffen in die Meinungsfreiheit, während Friedrich Merz auf Remilitarisierung setze, ohne die AfD zu schwächen. Die Übernahme migrationskritischer Positionen hätte die Wähler zudem nicht zurückgeholt, sondern weiter zur extremen Rechten getrieben. Beispiele aus Dänemark und Spanien zeigten, dass es anders gehe. Dort würden soziale und ökologische Reformen mit einer klaren politischen Erzählung verbunden, die Hoffnung und Teilhabe vermittele. Diese Erfolge belegten, dass mutige Politik die Polarisierung eindämmen könne. Bleibe dieser Kurswechsel aus, drohe Europa eine düstere Zukunft. Eine von Rechtsextremen geprägte EU könnte die grüne Transformation beenden, Militarisierung und Massenabschiebungen forcieren, Überwachung ausbauen und Minderheiten systematisch entrichten. Die Gefahr liege weniger in einer Rückkehr zum historischen Faschismus als in einer neuen autoritären Ordnung, die digitale Kontrolle, Nationalismus und soziale Härte verbinde: „Unless the continent's centrist governments change course, the far right can make Europe its own. After that, all bets are off.“

Matti Otten nimmt in der *WirtschaftsWoche*²⁸ den Verlust der kollektiven Fortschrittserzählung in westlichen Demokratien und die daraus resultierende Krise von Vertrauen und Legitimität in den Blick. Während die liberale Demokratie und Marktwirtschaft lange als Garant für Wohlstand und Aufstieg gegolten hätten, seien diese Versprechen brüchig geworden. Studien zeigten stagnierende Chancen für kommende Generationen, und die Zukunft erscheine vielen nicht mehr als Hoffnung, sondern als Bedrohung. Die Erosion traditioneller Bindungen – Familie, Beruf, Ortsgemeinschaft – zugunsten individueller Wahlfreiheit habe zwar emanzipatorische Fortschritte gebracht, aber auch Sinnverlust erzeugt. Das alte Fortschrittsnarrativ, das Verluste ignoriert und allein auf ein „Mehr“ an Optionen gesetzt habe, sei nicht mehr tragfähig. Das Fortschrittsversprechen der liberalen Demokratie und Marktwirtschaft gelte in westlichen Gesellschaften zunehmend nur noch für wenige, während viele reale Verluste erfahren würden oder erwarteten. Populistische Bewegungen nutzten diese Entwicklung strategisch aus. Sie inszenierten sich als „Verlustunternehmer“ und verwandelten die Skepsis gegenüber Modernisierung in ein „Retrotopia“, eine rückwärtsgewandte Zukunftsvision, die vermeintliche Größe und Sicherheit verspreche („Make XY Great Again“). Dieses Narrativ biete einfache Antworten auf komplexe Probleme und bereite den Boden für autoritäre Politik, indem es den liberalen Eliten die Schuld zuschreibe und protektionistische sowie migrationsfeindliche Maß-

²⁷ David Broder, They Were Supposed to Save Europe. Instead, They're Condemning It to Horrors, *The New York Times*, 3.12.2025. [„Wenn die zentristischen Regierungen des Kontinents ihren Kurs nicht ändern, kann die extreme Rechte Europa für sich gewinnen. Danach ist alles möglich.“].

²⁸ Matti Otten, Den Horizont zurückerobern, *WirtschaftsWoche*, 28.11.2025.

nahmen als Rettung inszeniere. Notwendig sei eine neue Erzählung, die Fortschritt als Resilienzversprechen definiere, nicht die Illusion, dass niemand verliere, sondern die Fähigkeit, Verluste anzuerkennen und zu bewältigen. Marktwirtschaft solle nicht nur kompensieren, sondern neue Rollen und Zugehörigkeiten schaffen. So entstehe ein Strukturwandel, der Anerkennung statt Entwertung biete. Legitimität erwachse künftig nicht aus unbegrenztem Wachstum, sondern aus Problemlösungskraft und der glaubwürdigen Aussicht, gemeinsam Krisen zu meistern. Nur ein solches Narrativ könne die liberale Demokratie und Marktwirtschaft gegen ihre autoritären Herausforderer stärken.

In der Debatte: Hannah Arendt

Tobias Rapp beleuchtet im *Spiegel*²⁹ die anhaltende Bedeutung von Hannah Arendt, die vor 50 Jahren in New York verstarb und heute als eine der einflussreichsten Philosophinnen gilt. Arendt fasziniere ein breites Spektrum, von Liberalen über Linke und Konservative bis hin zu Querdenkern. Ihre Gedanken kreisten um Freiheit, Macht und Verantwortung, und ihre prägenden Sätze wie „Niemand hat das Recht zu gehorchen“ oder „Die Banalität des Bösen“ seien zu kulturellen Signaturen geworden. 50 Jahre nach ihrem Tod sei sie fast omnipräsent. Arendt habe Politik als Raum für Freiheit und Handeln, nicht als bloße Verwaltung oder Konsum verstanden. Sie habe Macht und Gewalt unterschieden und in der Amerikanischen Revolution ein gelungenes Modell republikanischer Ordnung gesehen. Ihre Skepsis gegenüber Ideologien und ihre Metapher vom „Denken ohne Geländer“ spiegelten ihre Haltung wider: eigenständig, kritisch, ohne feste ideologische Bindung. Grenzen ihres Denkens zeigten sich bei Themen wie Klimawandel, Feminismus und Rassismus. Hannah Arendt bleibe aktuell, weil sie die Logik politischer Krisen erhelle: Staatenlosigkeit, Migration, autoritäre Herrschaft und die Gefahren gedankenloser Bürokratie. Durch das prägnante Porträt des „Schreibtischtäters“, des modernen Bürokraten, der durch gedankenloses Handeln Teil eines verbrecherischen Systems werde, habe sie deutlich gemacht, wie gefährlich gedankenlose Routine in modernen Machtstrukturen sei und wie sich das Böse in alltäglicher Normalität verbergen könne. Ihr Leben und Werk durchquere die Katastrophen des 20. Jahrhunderts und biete Orientierung in einer Welt, die erneut von Ideologien und Machtkämpfen geprägt sei. Freiheit, so Arendt, erfordere Mut und die Bereitschaft, ins Ungewisse aufzubrechen: „Unsere Gegenwart wäre Arendt bekannt vorgekommen. Autoritäre Herrscher, Antisemitismus, postfaktische Politik, Massenmigration, Demokraten, denen der Boden unter den Füßen unsicher wird. Das hat sie alles selbst erlebt. Faschismus, Kommunismus, Liberalismus. Ersten Weltkrieg, Weimar, Zweiten Weltkrieg, Kalten Krieg. Sie hat sich auf immer neue Art gegen die Zumutungen ihrer Zeit zur Wehr gesetzt: indem sie versucht hat, sie zu verstehen.“

In der *Frankfurter Rundschau*³⁰ würdigte Christoph Kann Arendt als eine der bedeutendsten Denkerinnen des 20. Jahrhunderts. Ihr Werk reflektiere zentrale Krisen und Tendenzen des Jahrhunderts, insbesondere die Bedrohung der Freiheit. Sie habe die Dynamik des Totalitarismus, der nicht nur durch Parteimonopole, sondern auch durch Antisemitismus, Imperialismus und Rassismus vorbereitet werde, analysiert. Berühmt sei ihre Formel von der „Banalität des Bösen“ geworden, die besage, dass grausame Taten oft aus Gedankenlosigkeit entstünden. Arendt habe eine neue Sicht auf das Politische entwickelt. Der Mensch sei ein tätigtes Wesen, dessen Freiheit im Handeln und in der Kommunikation liege. Sie unterscheide Arbeit, Herstellen und Handeln und kritisere die moderne Technikgesellschaft wegen ihres Freiheitsdefizits. Macht verstehe Arendt nicht als Zwang, sondern als gemeinsames, verständigungsorientiertes Handeln. Freiheit bedeute für sie nicht nur „Freiheit von“ Zwängen, sondern auch „Freiheit

²⁹ Tobias Rapp, Die ewig Unerschrockene, Der Spiegel, 28.11.2025.

³⁰ Christoph Kann, Wege zur Freiheit, Frankfurter Rundschau, 29.11.2025.

zu“ politischem Engagement. Daraus leite sie den Begriff der „Gleichfreiheit“ ab, der Gleichheit und Freiheit als Grundlage einer funktionierenden Demokratie verbinde. Gleichheit bedeute dabei für sie keinesfalls „Gleichmacherei“. Arendts Denken habe nie an Aktualität verloren. Sie warne vor politischer Apathie und antistaatlichen Tendenzen, die totalitäre Strukturen begünstigen würden. Ihr Werk fordere dazu auf, Freiheit als gemeinschaftliche Praxis zu verstehen und durch Kommunikation, Respekt und Rechtsgleichheit zu sichern.

„Hannah Arendt hat den Kommentar zu den Verwerfungen des 20. Jahrhunderts geschrieben“ konstatiert Ursula Renz in der *Neuen Zürcher Zeitung*³¹. Hannah Arendt habe sich bewusst von der akademischen Philosophie verabschiedet und historische Analyse mit politischer Theorie verbunden. Zentral für ihr politisches Denken sei die Idee der Natalität, die Fähigkeit des Menschen, immer neu zu beginnen, was Freiheit und politisches Handeln ermögliche. Arendt habe vor Realitätsverlust und der Sabotage des Wahrheitsideals durch gedankenlose Kli-schees, die sie als gefährlicher als Lüge gesehen habe, gewarnt. Ihr Stil sei prägnant, oft zugespitzt, und ihre Einsichten blieben aktuell: Freiheit und Wahrheit seiend für sie Grundpfeiler des politischen Denkens. Fünfzig Jahre nach ihrem Tod könne Arendt als Kompass in einer Welt gelten, die von ideologischen und gesellschaftlichen Krisen bedroht sei.

Natan Sznajder betrachtet in der *Süddeutschen Zeitung*³² Hannah Arendt aus einer religiös-jüdischen Perspektive und geht der Frage nach, ob ihre Schriften helfen könnten, die Gegenwart zu verstehen. Arendt, 1906 in Hannover geboren und 1933 ins Exil gegangen, habe sich trotz ihrer säkularen Haltung als Teil einer jüdischen Schicksalsgemeinschaft verstanden. Ihre Überlegungen zu Schuld und Verantwortung nach dem Krieg seien stark vom jüdischen Ethos geprägt, das die kollektive Verantwortung betone: „Der Abgrund zwischen dem jüdisch-theologischen und dem universellen Rechtssystem beschäftigte Hannah Arendt nicht nur philosophisch und politisch, er ging ihr buchstäblich unter die Haut. Aber für ihre Leser chiffrierte Arendt ihr Judentum, vielleicht auch, weil es für sie selbst immer noch verschlüsselt war.“ Sie habe sich für die Rettung jüdischer Kulturgüter engagiert und vor der Staatsgründung Israels für eine föderative Lösung, die jüdische Heimstätte und multiethnische Koexistenz verbinde, plädiert. Zentral für Arendt sei die Spannung zwischen individueller Freiheit und kultureller Zugehörigkeit gewesen. „Eichmann in Jerusalem“ sei ihr vielleicht jüdischstes Buch, es verbinde die moralische Bewertung der NS-Verbrechen mit der Frage nach jüdischer Verantwortung und Politik in finsternen Zeiten: „Es war ihr prophetischer Impuls, der versuchte, die Solidarität mit dem jüdischen Volk und seinem neu gegründeten Staat mit einer schon fast göttlichen Logik jenseits von Staatlichkeit zu verknüpfen. Es war ihr Weg, wie man als Jude nach der Katastrophe weiterleben kann. Nicht staatliche Souveränität war für sie der Schlüssel dazu, sondern ein ethisches Judentum, welches sie wiederum aus ihrer Weimarer Zeit her kannte und glaubte, in New York gefunden zu haben. Hannah Arendt, das war eigentlich schon damals klar, wird es jetzt in der Rückschau aber umso mehr, war vor allen Dingen eine jüdische Erscheinung.“

Thomas Schmid würdigt in der *Welt*³³ Hannah Arendt als eine Denkerin, die sich keiner politischen Richtung eindeutig zuordnen lasse. Arendt selbst habe bekannt, sie stehe „nirgendwo“, was ihre intellektuelle Unabhängigkeit und ihren Eigensinn deutlich werden lasse. Sie sei eine Philosophin des Politischen gewesen, die sich früh der Bedrohung durch den Nationalsozialismus bewusst geworden sei und fortan die Bedingungen politischer Freiheit und deren Gefährdung untersucht habe. Ihr Denken reiche von der griechischen Polis bis zu den Krisen des 20. Jahrhunderts. Zentral sei für sie der Begriff der Natalität, die Fähigkeit des Menschen, immer neu zu beginnen, gewesen. Arendt sei weder liberal, konservativ noch links ge-

³¹ Ursula Renz, Woher totalitäre Herrschaft kommt und wohin sie führt, NZZ, 3.12.2025.

³² Natan Sznajder, Ein jüdischer Blick, Süddeutsche Zeitung, 4.12.2025.

³³ Thomas Schmid, Heller Ton und unerhörte Kühnheit, Die Welt, 4.12.2025.

wesen, sie habe Ideologien misstraut und vor moralisch begründetem Handeln, das ins Totalitäre kippen könne, gewarnt. Ihre berühmte Formel von der „Banalität des Bösen“ habe Kontroversen ausgelöst, ebenso ihre Kritik an einer Politik des Mitleids. Sie habe Freiheit nicht als Geschenk, sondern als Ergebnis aktiven Handelns gesehen. Ihr Werk sei geprägt von Widersprüchen sowie einer Offenheit für neue Gedanken und einer dialogischen Haltung: „Es gibt Philosophen, die – wie Jürgen Habermas – möglichst wetterfeste Hochhäuser aus Gedanken bauen. Oder Wissenschaftler, die – wie Herfried Münkler – die ganz großen Bauklötze des Rechthabens bewegen. Hannah Arendt war anders. Sie ließ sich irritieren. Von der Wirklichkeit wie von neuen Gedanken. Deshalb ist ihr Werk widersprüchlich.“ Arendt habe analytische Schärfe mit poetischer Sprache verbunden, sie sei streitbar, humorvoll und skeptisch gegenüber Dogmen gewesen. Sie lade nicht zum Konsum fertiger Wahrheiten ein, sondern zum Mitdenken und bleibe damit eine der originellsten Stimmen des 20. Jahrhunderts.

Rezensionen

In der *Neuen Zürcher Zeitung*³⁴ weist Guido Kalberer auf zwei Biografien hin, die anlässlich des 50. Todestages der Philosophin Hannah Arendt erschienen sind: **Die Denkerin. Hannah Arendt und ihr Jahrhundert** von Grit Strassenberger sowie **Hannah Arendt. Ein Leben** von Willi Winkler und konstatiert: „Mit unterschiedlichen Gewichtungen zeichnen die beiden neuen Biografien das Bild einer eigenständigen, scharfsinnigen Denkerin, die sich von einer apolitischen Studentin zu einer der einflussreichsten Theoretikerinnen des 20. Jahrhunderts entwickelte.“

Wolfgang Matz bilanziert in der FAZ³⁵ über **Von der Unheimlichkeit der Welt. Denken mit Hannah Arendt** von Matthias Bormuth sowie **Hannah Arendt: Ein Leben** von Willi Winkler: „Und der Rezensent macht nun zwar vorerst Schluss mit Arendt-Biographien, stellt aber doch erleichtert fest, dass ein und dasselbe Leben durchaus zu einer anderen Geschichte werden kann, den Erzählern sei Dank.“

„Bei Peter Stephan aber bildet dieser historische Hintergrund nur die Begleitmusik zu den ausufernden Rezitativen der Bildbetrachtung. Das hebt seine Biographie aus der Konfektionsware preußischer Königsviten heraus, schwächt sie aber zugleich an einem entscheidenden Punkt. Denn ein Porträt Friedrichs I. entsteht auf diese Weise nicht, nur eine anregende kunsthistorische Skizze“ merkt Andreas Kilb in der FAZ³⁶ über die Biografie **Friedrich I. Die Erfindung Preußens** an.

Sven Felix Kellerhoff stellt in der *Welt am Sonntag*³⁷ den Band **Antisemitismus im Briefumschlag. Die „Judenfrage“ in deutscher Privatkorrespondenz der NS-Zeit** vor, in dem Dmitri Silbermann Feldpostbriefe deutscher Soldaten aus dem Zweiten Weltkrieg zusammengestellt und ausgewertet habe und damit das „Narrativ der Unkenntnis“ ebenfalls widerlege: „Silbermanns Sammlung ist, obwohl zufällig entstanden, prinzipbedingt auch nicht repräsentativ für alle deutschen Feldpostbriefe. Als qualitative, wenngleich nicht quantitative Stichprobe jedoch ist sein Buch, gerade auch mit den Erläuterungen in Fußnoten zu den Briefauszügen, eine wichtige Ergänzung des bisherigen Wissens.“

Im *Wall Street Journal*³⁸ befasst sich Arthur Herman mit **Unknown Enemy: The Hidden Nazi Force That Built the Third Reich** von Charles Dick, der darin die Geschichte von Fritz Todt

³⁴ Guido Kalberer, Denkerin zwischen allen Fronten, NZZ, 28.11.2025.

³⁵ Wolfgang Matz, Hannah Arendt und kein Ende, FAZ, 4.12.2025.

³⁶ Andreas Kilb, Was einem König ziemt, FAZ, 29.11.2025.

³⁷ Sven Felix Kellerhoff, „Das Judenelend ist UNBESCHREIBLICH“, Welt am Sonntag, 23.11.2025.

³⁸ Arthur Herman, 'Unknown Enemy' Review: Engineers of Death, Wall Street Journal, 24.11.2025.

und der nach ihm benannten brutal agierenden NS-Organisation, den „Ingenieuren des Todes“, aufarbeite.

Mit seinem Buch **Schatten. Unsere Väter in der Waffen-SS**, in dem acht Nachkommen von SS-Angehörigen befragt werden, sei es **Thomas Casagrande** gelungen, „ein schmales, aber aufschlussreiches Schlaglicht auf dieses für die Nachkriegsgesellschaft trotz oder gerade wegen der weitgehenden Tabuisierung relevantes Segment“ zu werfen, stellt *Stephan Löwenstein* in der FAZ³⁹ fest.

In ihrer „lesenswerten Studie“ **Passfotos unter Zwang. Deutsche Fotopolitik im Ersten Weltkrieg** gelinge es **Britta Lange** den „Zusammenhang von Krieg und staatlicher Kontrolle“ anhand der deutschen Politik in den im Ersten Weltkrieg besetzten Gebieten darzustellen und dabei auch „auf eindrucksvolle Weise [...] nach Details, die sich in die Bilder eingeschlichen haben und an denen das ‚Phot. Kommando‘ kein Interesse gehabt haben wird“ zu suchen, merkt *Steffen Siegel* in der FAZ⁴⁰ an.

„Man kommt über diesem Buch des emeritierten Heidelberger Germanisten **Helmut Kiesel** aus dem Staunen, der Überraschung, dem Finderglück und der Beklemmung nicht heraus“ lautet das Urteil von *Andreas Isenschmid* in der Zeit⁴¹ über **Schreiben in finsternen Zeiten. Geschichte der deutschsprachigen Literatur 1933–1945**, das ein „Meisterwerk“ sei.

In seinem Buch **Dreihundert Männer. Aufstieg und Fall der Deutschland AG** beschreibe **Konstantin Richter** das Kartell – so *Jens Jessen* in der Zeit⁴² – aus „großen Banken, Versicherungen und Industrieunternehmen, die sich seit 1871 etwa und bis in die 1990er-Jahre hinein durch wechselseitige Beteiligungen nach außen zusammenschlossen und nach innen die Konkurrenz begrenzten“ und das erst durch den internationalen Finanzmarkt zu Fall gebracht worden sei.

„Der Historiker **Frank Trentmann** liefert eine etwas sprunghafte und stark verdichtete, im Ganzen aber treffende Diagnose deutscher Selbstblockaden und ihrer Ursachen. Leider fallen die Therapievorschläge nichtssagend aus“ lautet das Urteil von *Matthias Alexander* in der FAZ⁴³ über **Die blockierte Republik. Deutschland zwischen Vergangenheit und Zukunft**.

Mit seinem Buch **Das Deutsche Demokratische Reich. Wie die extreme Rechte Geschichte und Demokratie zerstört** habe **Volker Weiß** „keine soziologische Studie“, sondern eine „Diskursanalyse“ vorgelegt, „die präzise beschreibt, wie die einst heiß ersehnte ‚Freiheit‘ Schritt für Schritt in ein Schimpfwort verwandelt wurde“, merkt *Thomas Assheuer* in der Zeit⁴⁴ an und er mache dabei deutlich, „dass die Dekonstruktion von Wortbedeutungen nicht nur aufklärerischen, sondern ebenso reaktionären Zwecken dienen“ könne.

„Indem er eine historische Kontingenz – die Sitzordnung in der ersten Pariser Nationalversammlung 1789, die alle republikanischen Parlamentarier auf der Linken platzierte, während die Vertreter der alten monarchistischen Ordnung auf der Rechten saßen – mit anthropologischen Belegen verknüpft, die dem Rechtsbewusstsein oder auch nur der Rechtshändigkeit einen höheren Wert als dem Linken und Linkischen zuweisen, vermischt er zwei einander fremde Bereiche“ urteilt *Gregor Dotzauer* im Tagesspiegel⁴⁵ über **Rechts und links. Zur Karriere einer folgenreichen Unterscheidung in Geschichte und Gegenwart** von **Peter Hoeres**.

In ihrem Buch **Alles auf Anfang. Auf der Suche nach einer neuen Erinnerungskultur** hätten es **Max Czollek** und **Hadija Haruna-Oelker** ihren Lesern nicht leicht gemacht, „die

³⁹ Stephan Löwenstein, Die Väter und Großväter von der Waffen-SS, FAZ, 1.12.2025.

⁴⁰ Steffen Siegel, Aufgereiht vor dem Photographischen Kommando, FAZ, 28.11.2025.

⁴¹ Andreas Isenschmid, „Ich war Deutsch und ich war Ich“, Die Zeit, 29.11.2025.

⁴² Jens Jessen, Wer dieses Land regiert, Die Zeit, 29.11.2025.

⁴³ Matthias Alexander, Mit Globuli gegen die nationale Schwindsucht, FAZ, 29.11.2025.

⁴⁴ Thomas Assheuer, Vom Osten nichts Neues, Die Zeit, 29.11.2025.

⁴⁵ Gregor Dotzauer, Alles, was rechts ist, Der Tagesspiegel, 25.11.2025.

sich durch schlecht geordnete Gedanken, linke Kulturkampf-Argumentationen und Redundanzen kämpfen [müssen], um endlich an jene Stellen zu gelangen, die etwas über die politischen Realitäten erzählen“, stellt *Michael Wolf* im *Tagesspiegel*⁴⁶ fest.

Nils C. Kumkar setze sich in **Polarisierung** mit der „Polarisierungsdynamik“ auseinander, und könne – so *Johannes Schneider* in der *Zeit*⁴⁷ – als „Glücksfall“ bezeichnet werden, denn „weder langweilt das Buch mit allzu Plausiblem, noch steigert es eine Randbeobachtung zu einer allzu steilen These. Vielmehr liefert es allgemeinverständlich wirklich neue Antworten auf wirklich drängende Fragen. Und das klappt auch noch, ohne dass von dem Erleben großer Plausibilität für die Leser jene falsche Beruhigung ausgeht, ein Problem wäre schon halb gelöst, wenn man es nur verstanden hat.“

Jonas Wagner stellt in der *FAZ*⁴⁸ über **Die Alarmierten. Was Verschwörungstheorien anrichten** von **Michael Butter** fest, das Buch sei alles in allem „erhellend, insbesondere, weil der Autor nicht mit Kritik an der, wenn man so will, eigenen Branche geizt. Ausführlich beschreibt er, was seiner Meinung nach in der Auseinandersetzung mit Verschwörungstheorien und deren Anhängern falsch läuft.“

Jörg Später konstatiert in der *FAZ*⁴⁹ über **Einheit und Zerfall. Internationale Politik in der älteren Kritischen Theorie** von **Moritz Rudolph**: „Diese Dissertation ist selbst ein Versuch zur philosophischen Rekonstruktion der Weltgeschichte mit dem Fluchtpunkt ‚Weltsystem‘. Das ist erfrischend verwegen [...].“

In der *Zeit*⁵⁰ setzt sich *Ijoma Mangold* mit **Klasse. Die Entstehung von Oben und Unten** von **Hanno Sauer** auseinander und merkt an, folge man diesem „furiosen Buch“, dann habe „Klasse in Wahrheit gar nichts mit dem Wettbewerb um knappe Güter zu tun, sondern mit dem Versuch, ein soziales Koordinationsproblem zu lösen, weshalb es auch illusionär ist, zu glauben, die Klassengesellschaft auf dem Wege der Umverteilung beseitigen zu können“.

„In a bold new history, **Sven Beckert** traces the origins of our modern economy, from global port“ lautet das Urteil von *Marcus Rediker* in der *New York Times*⁵¹ über **Capitalism: A Global History**.

In der *FAZ*⁵² betrachtet *Jörg Thomann* auf **Alle Scheinwerfer auf mich! Die Geburt Donald Trumps aus dem Fernsehen und der Zerfall Amerikas** von **James Poniewozik**, der damit eine „Doppelbiographie“ geschrieben habe, „des amerikanischen Fernsehens und des Mannes, der im und für das Fernsehen lebt“.

George Packer befasst sich im *Atlantic*⁵³ mit dem Buch **Furious Minds. The Making of the Maga New Right** von **Laura K. Field**, sie sich darin mit den unterschiedlichen Denkrichtungen der Neuen Rechten befasse und das Netzwerk aus Intellektuellen untersuche, das die Trump-Bewegung ideologisch unterfüttert habe.

Alexander Armbruster weist in der *FAZ*⁵⁴ auf zwei Bücher hin, die sich der Thematik von Chinas Rolle in einer neuen globalen Weltordnung widmen: **Dialog mit dem Drachen** von **Mariina Rudyak** sowie **Die Welt nach dem Westen** von **Daniel Marwecki** und konstatiert: „Zu den Vorteilen beider Bücher zählt, dass sie nicht hadern. Und dass sie aus einer ergebnisoffenen Perspektive schreiben, die gravierende Veränderungen nicht als vorübergehende Anomalie betrachtet.“

⁴⁶ Michael Wolf, Zerstritten und bedroht, Der Tagesspiegel, 4.12.2025.

⁴⁷ Johannes Schneider, Diese starke, zerstörerische Kraft, Die Zeit, 29.11.2025.

⁴⁸ Jonas Wagner, Überschätzte Verschwörungstheorien, FAZ, 29.11.2025.

⁴⁹ Jörg Später, Kommentare zu einer zerfallenden Welt, FAZ, 28.11.2025.

⁵⁰ Ijoma Mangold, Wenn zu viele Porsche fahren, Die Zeit, 29.11.2025.

⁵¹ Marcus Rediker, How Capitalism Took Over the World, The New York Times, 26.11.2025.

⁵² Jörg Thomann, Da haben wir wirklich großartiges Fernsehen erlebt, FAZ, 29.11.2025.

⁵³ George Packer, An Anatomy of the MAGA Mind, The Atlantic, 24.12.2025.

⁵⁴ Alexander Armbruster, Wenn der Westen nicht mehr führt, FAZ, 1.12.2025.

Im *Spectator*⁵⁵ betrachtet Charlotte Hobson **Motherland: A Feminist History of Modern Russia, from Revolution to Autocracy** von Julia Ioffe, die sich mit der sich drastisch wandelnden Rolle der Frauen in Russland auseinandersetzt habe: „Ioffe has written an extremely readable, personal and original account of the country she still thinks of as her motherland. Like most current analyses of Russia, however, it's not overfilled with optimism.“

Steffen Siegel weist in der FAZ⁵⁶ auf das Essay **La photo – Pétain-Mitterrand: l'histoire secrète du document qui aurait pu bouleverser la Ve République** von Patrice Duhamel hin, der darin die Historie des Bildes aufgreife, dass 1942 entstand, François Mitterrand mit Marschall Pétain zeigte und erst 50 Jahre nach Entstehung öffentlich bekannt wurde, und stellt fest: „Man kann Duhamels Essay als eine sehr kurze Geschichte der Fünften Französischen Republik lesen – und als Lehrstück über politische Kommunikation vergangener Zeiten.“

„Dabei ist seine Darstellung bei aller Dichte so gegenstandsnahe und zugänglich geschrieben, dass sie auch Laieninteressierten zu empfehlen ist, für die sie dem Anspruch nach konzipiert wurde“ urteilt Magnus Klaue in der FAZ⁵⁷ über **Der Wissenschaftsbegriff des Deutschen Idealismus. Vierzehn Vorlesungen zur Einführung in die Philosophie** von Peter Bulthaupt.

„Man muss sich mittlerweile schon gut überlegen, wie man auf digitalem Terrain spezifisch Menschliches gegenüber Maschinen trifft in Anschlag bringt, denen dank möglich gewordener Datensammlung kaum Menschliches mehr fremd bleibt. Roberto Simanowski, als Kenner der digitalen Entwicklungen ausgewiesener Kulturwissenschaftler, hat sich diese rezente Entwicklung, die von ihr aufgeworfenen Fragen und ihnen gewidmete Debatten in einem neuen Buch vorgenommen“ schreibt Helmut Mayer in der FAZ⁵⁸ über **Sprachmaschinen. Eine Philosophie der Künstlichen Intelligenz**.

„Was der vorliegende Sammelband packend nachvollzieht, ist der bis heute keineswegs antiquierte Streit um die Aktualisierbarkeit religiöser Gehalte, und sei's in jenen politischen Utopien des 20. Jahrhunderts, die sich zwar atheistisch verstehen, jedoch die ganze Last religiöser Erlösungsmystik mit sich schleppen“ konstatiert Wolfgang Matz in der FAZ⁵⁹ über den von Christoph Kasten, Ansgar Martins und Inka Sauter herausgegebenen Band **Die Bibelübersetzung von Buber-Rosenzweig. Geschichte eines Projekts**.

⁵⁵ Charlotte Hobson, In Putin's Russia, feminism is an ugly word, The Spectator, 8.11.2025.

⁵⁶ Steffen Siegel, Im Hôtel du Parc, FAZ, 6.12.2025.

⁵⁷ Magnus Klaue, Leere Vielfalt – Zur Wissenschaft des Deutschen Idealismus, FAZ, 2.12.2025.

⁵⁸ Helmut Mayer, Seit dem Worte zu Vektoren wurden, FAZ, 29.11.2025.

⁵⁹ Wolfgang Matz, Gegen die religiöse Emphase, FAZ, 10.12.2025.

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Denise Lindsay

Referentin Abteilung Zeitgeschichte

denise.lindsay@kas.de

kas.de

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2025, Berlin

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieser Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)